



FORSCHUNG FÜR RÜSTUNG?

Landesorganisation

Vom 18. bis 20. November findet das Verbandswochenende der Jusos Bremen in Nordenham statt. Infos zum Programm auf Seite 8.

Aus Bremen-Nord

In der letzten Ausgabe konntet ihr ein Interview zur Situation an Bremer Gymnasien lesen. Diesen Monat folgt nun eine Auswertung dieses Interviews. (Seite 10)

Aus Bremen-Stadt

Eines der Themen im Oktober war Wirtschaftspolitik. Auf der Mitgliederversammlung zum Thema wurden sowohl Grundlagen als auch die konkrete Situation in Bremen behandelt. (Seite 9)

Hochschulgruppen

Während an der Uni Bremen im November die Zivilklausel das Thema des Monats sein dürfte, wird an der Hochschule über Professorenmangel und Internationalität diskutiert. (Seite 10)

An der Uni Bremen gibt es seit einiger Zeit enormen Streit um die Zivilklausel. Ausgelöst wurde die Debatte durch das Engagement von OHB System, einem Unternehmen für „Raumfahrtsysteme und Sicherheit“.

Als das Ehepaar Fuchs, die Gründer von OHB, 2009 vom Akademischen Senat (AS) der Universität geehrt wurde, konnten selbst die, die protestierten, noch nicht ahnen, dass sich hier schon der Konflikt um Rüstungsforschung an deutschen Universitäten anbahnte. Dieser wird jetzt häufig unter dem Begriff „Zivilklauselbewegung“ gefasst und an der Uni Bremen besonders heftig geführt, an anderen Universitäten nehmen Diskussionen über Zivilklauseln jedoch langsam ähnliche Dimensionen an.

Nach der Ehrung des Ehepaares Fuchs und einer kurzen Diskussion im AS wurde bekanntgegeben, dass OHB eine Stiftungsprofessur unterstützen wird, d.h. die Uni richtet eine Professur ein, die für einen gewissen Zeitraum von OHB finanziert wird. Nach der Finanzierung durch ein Unternehmen wird

die Professur später in den regulären Haushalt der Universität übernommen. Die Universität begibt sich jedoch mit der Einrichtung dieser Stiftungsprofessur weiter in Richtung einer Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie und bewegt sich gleichzeitig weg von ihrem in den 80er-Jahren selbstgesteckten Anspruch der rein zivilen Forschung. Statt sich aktiv gegen Rüstungsforschung auszusprechen und sich an die selbstgegebene Zivilklausel zu erinnern, werden Rüstungsunternehmen durch diese Stiftungsprofessuren im Laufe der Zeit noch enger an die Universität gebunden.

Bei OHB handelt es sich um einen Betrieb, der der Rüstungsindustrie zuzuordnen ist. Zwar lehnt OHB den Vorwurf, ein Rüstungsunternehmen zu sein, entschieden ab, gibt aber im gleichen Atemzug an, dass die Bundeswehr ein „hochgeschätzter Kunde“ sei. Diese Zusammenarbeit war schon in der Vergangenheit anhand verschiedener Projektarbeiten zu sehen (z. B. beim Satellitenauflärungssystem SAR Lupe).

Weiter auf Seite 2.

Inhaltsübersicht

- Leitartikel: Zivilklausel
Seite 1
- Der Arbeitskreis Netzpolitik stellt sich vor und lädt zur Mitarbeit ein
Seite 3
- Schwarz-gelbe Reform der Instrumente am Arbeitsmarkt: nichts als Kürzungen
Seite 4
- Sozialdemokratische Wahlergebnisse im Oktober
Seite 4
- Herausforderungen im Gesundheitssystem
Seite 5
- Landesorganisation: Einladung zum Verbandswochenende
Seite 8
- UB Bremen-Stadt: Mitgliederversammlung zur Wirtschaftspolitik
Seite 9
- UB Bremen-Nord: Auswertung des Interviews mit einem Schulleiter eines Gymnasiums in der letzten Ausgabe des MorgenRot
Seite 10
- Juso-HSG Hochschule Bremen: Internationalität
Seite 10
- Juso-HSG Hochschule Bremen: Professorenmangel
Seite 11
- Das vorwärts Liederbuch, eine Rezension
Seite 12
- Rote Grütze: Die geheimen Erfolge von Schwarz-Gelb
Seite 13
- Termine und Kontakte
Seite 14

LEITARTIKEL: FORSCHUNG FÜR RÜSTUNG?

... Fortsetzung von Seite 1.

Mediale Aufmerksamkeit bekam dieses Thema vor allem durch die 66 Bremer WissenschaftlerInnen, die eine gemeinsame Erklärung für den Erhalt der Zivilklausel unterzeichneten, dem Bremer Friedensforum, welches eine Erklärung gegen die OHB-Proffessur initiierte und dem AStA der Uni Bremen, der die Proteste der Zivilklauselbefürworter in unterstützender Weise vorantrieb. Als dann OHB verlauten ließ, dass sich die Uni zwischen der Zivilklausel und der Professur entscheiden müsse, blieb der Unileitung keine andere Wahl, als die Entscheidung dem Akademischen Senat zu überlassen.

Um die Veränderung der Zivilklausel zu rechtfertigen benutzen sowohl OHB, als auch einige AS-Mitglieder meist die gleiche Argumentationslinie: aufgrund neuer Sicherheitslagen bedarf es einer neuen Regelung. Die Menschenrechte, bzw. vor allem die Würde des

Menschen (Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG) müssten eben heute vielerorts mit Waffen verteidigt werden. Da an jenem Tag im AS keine Entscheidung getroffen werden konnte – vor allem aufgrund des Druckes seitens der Studentenschaft – wurde dieses Thema auf die Sitzung im Dezember vertagt. Hier soll vor dergründig entschieden werden, ob die Universität die Zivilklausel ändert und falls ja in welchem Umfang. Befürchtet wird vor allem, dass durch die Änderung der Kern der Zivilklausel erweicht wird, sodass zwar eine Klausel besteht, diese aber dementsprechend wenig Auswirkung auf etwaige Rüstungsforschung hat; die Presse sprach hier von einer „Olivgrünen Zivilklausel“.

Neben dem uniinternen Protest ist auch viel außerhalb passiert. So haben die Bremer Jusos beim letzten Landesparteitag der SPD eine Initiative eingebracht, welche prompt beschlossen wurde. Die SPD will

Eine Zivilklausel, was ist das überhaupt?

Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung einer Hochschule, mit der sie sich zu friedlicher und ziviler Forschung verpflichtet. Seit 1986 hat die Universität Bremen eine Zivilklausel. Diese besagt, dass „...jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ vom Akademischen Senat, dem höchsten universitären Entscheidungsgremium, abgelehnt wird. Die Klausel fordert außerdem „die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können...“ (AS-Beschluss Nr. 5113). Damit soll an der Bremer Universität jegliche Forschung an Rüstungsprojekten und die Annahme entsprechender Forschungsgelder ausgeschlossen werden. Eingeführt wurde die Zivilklausel 1986 im Rahmen der Diskussion um die Einrichtung eines Forschungsbereiches Weltraumtechnologie. Die Klausel war dabei als Kompromiss zwischen den Befürwortern der zivilen Raumfahrttechnik und denen, die durch die Einrichtung eines solchen Bereiches bereits eine Militarisierung der Universität befürchteten, gedacht.

nun versuchen, im Bremischen Hochschulgesetz die Zivilklausel zu verankern. Dadurch, dass eine solche Zivilklausel dann im Bremischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird, sind alle Hochschulen im Land Bremen verpflichtet, ihre finanziellen Mittel ausschließlich für zivile Zwecke zu verwenden. Im nächsten Schritt müsste dann das Parlament bzw.

die Bremische Bürgerschaft die Zivilklausel verabschieden. Diese Änderung würde zwar nicht entscheiden, dass OHB keine Stiftungsprofessur einrichten darf, sie würde der Universität aber aufgrund der Gesetzeslage ermöglichen solche Angebote abzulehnen.

Wir – die Jusos und AStA für Alle – hoffen auf ein erfolgreiches und ein friedliches Ende der Debat-

te. Wir hoffen, dass die Gespräche um gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft und Forschung weiter geführt werden: unter den Studierenden und DozentInnen, unter den Genossinnen und Genossen und in anderen Orten und Städten. Für eine friedliche und zivile Universität und Gesellschaft. ● (sb, ak)

Das Internet und die fortschreitende Digitalisierung verändern unsere Lebens- und Arbeitswelt. Dieses birgt enorm viele Chancen, jedoch auch Risiken. Die Begleitung und Mitgestaltung dieser Veränderungen, die gerechte Verteilung der sich ergebenden Chancen und die Minimierung von Risiken im sozialdemokratischen beziehungsweise sozialistischen Sinne muss unser fester Anspruch sein.

Hierzu ist es nötig, die Partei in diesem Bereich inhaltlich gut aufzustellen und sprechfähig zu machen. Die geheuchelten Stopp-schilder von „Zensursula“, die verfassungsfeindlichen Vorgänge in Sachen „Bundestrojaner“ und „Vorratsdatenspeicherung“ und nicht zuletzt das Ergebnis der „Piraten“ in Berlin zeigen die Wichtigkeit des Themas und dass es dringend sozialdemokratischer Antworten bedarf.

Der AK Netzpolitik des UB Bremen-Stadt will diese Antworten geben. Wir arbeiten vor allem rund um die Themen „Digitale Welt“ und Datenschutz. Neben den Bundesthemen wie Vorratsdatenspeicherung und Schnüffelsoftware aus dem Innenministerium beschäftigen wir uns mit dem Thema Informationsfreiheit, also der Transparenz staatlichen Handelns für Bürgerinnen und

ARBEITSKREIS NETZPOLITIK

Gestaltung der „Digitalen Gesellschaft“ ist eine sozialdemokratische Aufgabe

Bürger. Auch Arbeitnehmerdatenschutz, also der Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor Schnüffelei und Überwachung am Arbeitsplatz ist ein Thema. Des Weiteren beschäftigen wir uns auch mit den Themen Videoüberwachung des öffentlichen Raums und Jugendmedienschutz.

Wir werden uns weiter mit dem Urheberrecht beschäftigen. Es geht hierbei nicht nur um Downloads aus dem Netz, sondern auch um das Kopieren wissenschaftlicher Publikationen (Kulturflatrate, OpenAccess). Hierbei muss der freie Zugang zu wissenschaftlichen und kulturellen Wissensbeständen im Vordergrund stehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Publikationen von öffentlich finanzierten Professoren und Mitarbeitern, die diese in ihrer Arbeitszeit verfassen, teuer von öffentlichen Bibliotheken erworben werden müssen. Hier wird in hohem Maße von staatlich zu privat umverteilt.

Der AK will gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Themen der "Digitalen Welt" identifizieren und daraus Initiativen für

Partei und Bürgerschaftsfraktion entwickeln, sozialdemokratische Politik über und mit dem „Internet“ machen und kompetenter Ansprechpartner für Gliederungen der Partei in allen Fragen der neuen Medien und des Datenschutzes sein.

Wenn Du Interesse an der Mitarbeit hast, Dich für neue Medien, Internet oder Datenschutz etc. interessierst, sprich uns an! Hilf mit, die Partei in diesem Bereich thematisch zu stärken und bring den Sozialismus gemeinsam mit uns ins Netz! Ob „Nerd“ oder nicht, jeder ist eingeladen, auch Nicht-SPD-Mitglieder. ● (js, rh)



Ansprechpartner:

Rainer Hamann, Jan Sörnsen.
netzpolitik@spd-bremen-stadt.de

Nächster Termin: Mi. 9. 11.,
19 Uhr im Fraktionsbüro

Links&bündig

Sozialdemokratische Wahlergebnisse im Oktober

- In Polen wurde am 9. Oktober die liberalkonservative Bürgerplattform (PO) von Ministerpräsident Tusk stärkste politische Kraft, deutlich vor den Nationalkonservativen. Das in Teilen sozialdemokratisch geprägte Linksbündnis SLD verlor wiederholt an Stimmen und ist mit 8,2 % wahrscheinlich die kleinste Fraktion im neuen Parlament. Die Spaßpartei „Ruch Palikota“ kam aus dem Stand auf 9,8 %.
- Am 16. Oktober wurde in Frankreich François Hollande zum Präsidentschaftskandidaten der sozialistischen Partei gewählt. Ihm werden in Umfragen hohe Chancen bescheinigt, Präsident Sarkozy im nächsten Jahr abzulösen. Die Beteiligung an der für alle Bürgerinnen und Bürger offenen Urwahl war unerwartet hoch.
- In der Schweiz wurde die rechtspopulistische SVP am 23. Oktober wieder stärkste Kraft. Die Sozialdemokraten landeten abgeschlagen auf dem zweiten Platz, werden aber wohl wegen des Konkordanzprinzips wie die SVP mit zwei Nationalräten in der Regierung sein.
- Am 23. Oktober wurde außerdem in Tunesien gewählt. Endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor, die moderate islamische Partei Ennahda scheint die Wahl aber deutlich gewonnen zu haben. Sie wird mit einer der vielen säkularen, linksliberalen und meist sozialdemokratisch geprägten Parteien koalieren müssen.

EINE SYMPHONIE DES GRAUENS UND DER SPALTUNG

Arbeitsmarktpolitische Instrumente sind das nächste Opfer schwarz-gelber Kürzungen

Ende September haben Union und FDP im Bundestag eine weitreichende Reform der Instrumente am Arbeitsmarkt beschlossen. Das Gesetz verspricht mehr Effektivität und Effizienz durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität. Eine arbeitsmarktpolitische Symphonie?

Dass der Staat sich überhaupt um den Arbeitsmarkt kümmert, ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Bis in die Weimarer Republik galten Arbeitslose schlicht als faul und wurden in Armenhäusern nur vor dem Verhungern bewahrt – gesellschaftliche Ächtung und Entzug des Wahlrechts inbegriffen. Heute werden Arbeitslose mit Geldleistungen unterstützt (passive Arbeitsmarktpolitik) und verschiedene Programme sollen ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Dazu stehen verschiedene Instrumente wie die Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Weiterbildung oder Eingliederungshilfen zur Verfügung – die aktive Arbeitsmarktpolitik.

In Deutschland funktioniert sie seit den Hartz-Gesetzen nach dem Prinzip „Fordern und Fördern“. Arbeitslosen werden mehr Angebote gemacht, sie müssen diese aber auch annehmen. Sonst wird die Unterstützung gestrichen. In der Praxis ist Suchen nach individuellen Stärken, passenden Stellen oder Weiterbildungen ein Wunschtraum. Ein „Fallmanager“ im Jobcenter betreut oft mehrere hundert „Kunden“ gleichzeitig. Gute Weiterbildungsangebote sind rar und einen Anspruch gibt es ohnehin nicht. Arbeitslose landen in unpassenden Bildungsmaßnahmen oder Ein-

Euro-Jobs, um sie eine Zeit lang los zu sein. Oder, um erst mal ihren guten Willen zu testen – immer unter der Androhung einer Kürzung.

Die schwarz-gelbe Reform hat darauf eine eigene Antwort: noch mal kürzen. Noch weniger Personal, Bildungsangebote, Betreuung bei Eingliederungsmaßnahmen. Ansprüche bekommen die Arbeitslosen keine, dafür werden bestehende Rechte gestrichen. „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ nennt das die Bundesregierung. Es entpuppt sich als eine Symphonie des Grauens und der sozialen Spaltung. Ziel ist nicht die Aufhebung der Missstände am Arbeitsmarkt, sondern eine vollkommene Unterordnung der Arbeitsmarktinstrumente unter die Haushaltslage. Die schwarz-gelbe Spaltungspolitik trifft diesmal den Arbeitsmarkt.

Am wenigsten Aufmerksamkeit findet übrigens die Situation unserer Generation: die Förderung des Übergangs Schule – Ausbildung bleibt das halbherzige Nebeneinander und Durcheinander. Richtig zuständig möchte der Bund auch künftig lieber nicht sein.

Dass es anders geht, zeigen die skandinavischen Länder: sie halten Fordern und Fördern die Waage, geben ein Vielfaches für aktive Arbeitsmarktpolitik aus – und gelten weltweit als wirtschaftliche Erfolgsmodelle. ● (sa, fw)

Der Reformvorschlag der SPD:
der „soziale Arbeitsmarkt“
<http://bit.ly/w1yVDs> (PDF, 135KB)

Im vergangenen Jahr hat die gesetzliche Krankenversicherung 170 Milliarden Euro ausgegeben. Da wundert es nicht, dass die Finanzierung des Krankenversicherungssystems in regelmäßigen Abständen wieder zum Thema wird.

Wer in Deutschland abhängig beschäftigt ist und im Jahr weniger verdient als 49 500 Euro, muss sich in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern. Beschäftigte mit einem höheren Einkommen haben dagegen ebenso wie Selbstständige und Beamte die Wahl. Sie können sich freiwillig in der gesetzlichen Versicherung oder privat krankenversichern. Im Ergebnis stehen derzeit rund 70 Millionen gesetzlich Versicherte rund 8,6 Millionen Privatversicherten gegenüber.

Dieses Zweiklassensystem in der Krankenversicherung ist weltweit einmalig und die Aufteilung in schutzbedürftige Arbeitnehmer und weniger schutzbedürftige Gutverdiener, Selbstständige und Beamten hat ihren Sinn – so sie überhaupt je einen ergab – längst verloren. So sind etwa Soloselbstständige, die oft nur über ein geringes Einkommen verfügen, meist

ZUKUNFTSFÄHIG UND GERECHT

Herausforderungen im Gesundheitssystem

privatversichert, da die gesetzliche Krankenversicherung für sie kaum bezahlbar ist. Auf der anderen Seite sind Gutverdiener mit Familie häufig in für sie finanziell attraktiveren gesetzlichen Versicherung.

Indem sich die Privatversicherungen, die frei über die Aufnahme von Versicherten entscheiden (den sogenannten Basistarif einmal ausgenommen), die Einkommensstarken mit gutem Gesundheitszustand herauspicken bleiben die Kosten für teure Versicherungsfälle, etwa chronisch kranke oder ältere Menschen, an weniger Versicherten hängen. Die Kosten dafür tragen vor allem mittlere Einkommen, die gerade noch versicherungspflichtig sind und sich damit der Solidarität anders als höhere Einkommen nicht entziehen können.

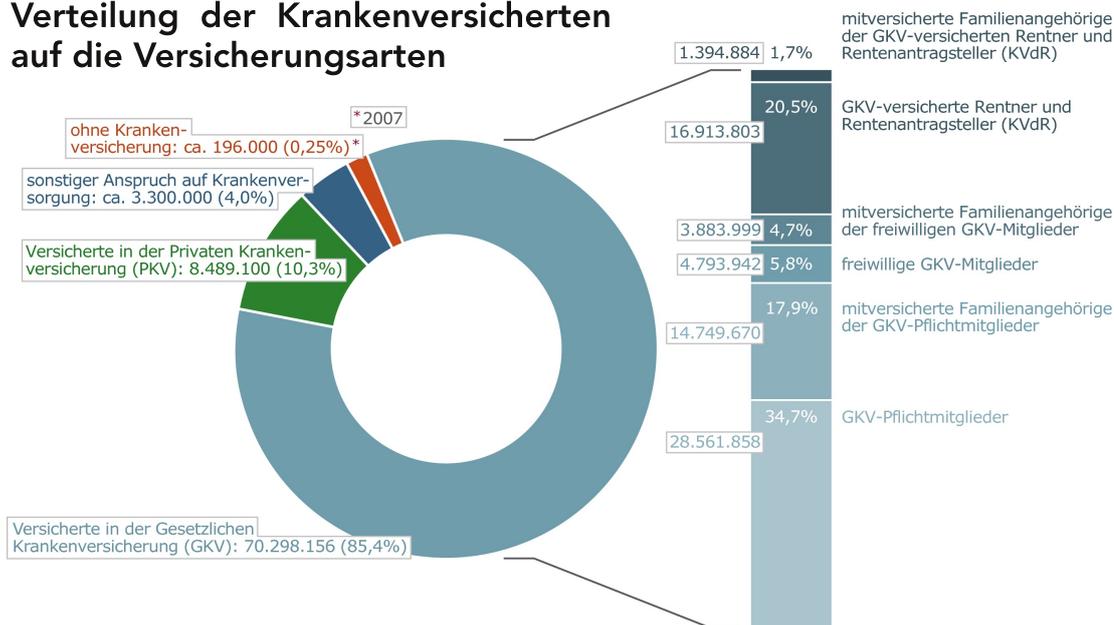
Die Diskussion um die richtige Lösung im Gesundheitssystem beschränkt sich meist auf die Gegenüberstellung des von der CDU präfe-

rierten Kopfpauschalenmodells und der Bürgerversicherung und verfehlt damit den Kern der Debatte, da zwei Fragestellungen vermischt werden: Das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenkasse zugunsten einer Einbeziehung aller Bürger muss wegen der schon genannten Argumente ein Ende finden, auch wenn das im CDU-Modell nicht vorgesehen ist.

Die zweite, viel interessantere Frage, die sich völlig unabhängig von der grundsätzlichen Entscheidung zur Bürgerversicherung betrachten lässt, ist, ob die Finanzierung eines solchen einheitlichen Systems durch einen einkommensabhängigen Beitrag oder in Form einer Pauschale mit Steuerzuschüssen erfolgen soll.

Pauschale oder Einkommensbeitrag?

Verteilung der Krankenversicherten auf die Versicherungsarten



Beim Pauschalenmodell handelt es sich um eine tatsächliche Versicherung in dem Sinne, dass der Beitrag sich an der Höhe des durchschnittlichen Risikos aller Versicherter orientiert (aber nicht am individuellen Risiko des einzelnen Versicherten, wie in der Privatversicherung). Die Umverteilung zwischen verschiedenen Einkommen findet da-

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes; Statistisches Bundesamt
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2008



Glossar

Wichtige Begriffe in der politischen Debatte:

- Die **Beitragsbemessungsgrenze** ist der Betrag, bis zu dem Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung Beiträge (zurzeit 8,2 % für Arbeitnehmer) leisten müssen. Für das darüber hinaus gehende Einkommen fallen keine Beiträge an.
- Die **Versicherungspflichtgrenze** (auch Jahresarbeitsentgeltgrenze) bestimmt, ab welchem jährlichen Einkommen die gesetzliche Versicherung nicht mehr verpflichtend ist. Wer ein Jahr lang über dieser Grenze verdient, hat die Wahl sich privat oder freiwillig gesetzlich zu versichern.
- Mit der **Bemessungsgrundlage** meint man die Summe der verschiedenen Einkommensarten, auf die der Versicherungsbeitrag fällig ist. Während dies in der Pflichtversicherung derzeit nur das Arbeitseinkommen ist, werden in der freiwilligen Versicherung schon heute alle Einkommensarten berücksichtigt.
- Die **paritätische Finanzierung** der Krankenversicherung ist die Verteilung des Beitragssatzes von 15,5 % auf Arbeitgeber (7,3 %) und Arbeitnehmer (8,2 %). Bis 2009 war der Beitragssatz gleichmäßig aufgeteilt. Freiwillig gesetzlich Versicherte Selbstständige bezahlen den vollen Beitragssatz von 15,5 % auf ihr Einkommen.

bei alleine über das Steuersystem statt, was zum einen als transparenter betrachtet werden kann, zum anderen wird auf diese Weise der Faktor Arbeit entlastet und über das Steuersystem werden sämtliche Einkommensarten gleichermaßen herangezogen. Außerdem zahlen höhere Einkommen aufgrund des progressiven Steuersatzes anteilig am Einkommen mehr. Dagegen sind einkommensabhängige Beiträge wie in der derzeitigen gesetzlichen Krankenversicherung sogar regressiv (Gutverdiener zahlen also anteilig an ihrem Einkommen weniger), da Einkommen die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen zu einem geringeren Anteil herangezogen werden als mittlere Einkommen nahe der Bemessungsgrenze. Auf der anderen Seite werden kleine Einkommen bei einer Pauschale deutlich stärker belastet, wenn die Beiträge nicht steuerlich bezuschusst werden. Ein solcher Steuerzuschuss bringt aber diejenigen, die ihn beantragen müssen in eine Bittstellerposition und Steuererhöhungen, die zum Ausgleich der Entlastung von hohen Einkommen beim Versicherungsbeitrag nötig wären, sind gesellschaftlich schwer durchsetzbar.

Kapitaldeckung oder Umlage?

Noch eine weitere Grundsatzfrage gilt es zu beantworten: Soll die Versicherung weiterhin umlagefinanziert gestaltet sein, sollen also immer die aktuellen Beiträge verwendet werden, um die aktuellen Kosten zu decken, oder ist eine Kapitaldeckung sinnvoll, bei der die Beiträge vorsorglich am Kapitalmarkt angelegt werden um später die Kosten des jeweiligen Versicherten zu tragen?

Ein Vorteil der Kapitaldeckung ist, dass dadurch der Beitragsverlauf geglättet werden kann, also Konjunkturschwankungen ausgeglichen werden können und die Beiträge konstanter bleiben. Ein weiterer Effekt ist, dass sogenannte intergenerative Verteilungseffekte vermieden werden. Damit ist gemeint, dass aufgrund des demografischen Wandels die aktuelle Generation sehr viel mehr an Beiträgen zahlt, um für ältere Generationen aufzukommen, als sie später selbst an Kosten verursachen wird. Es ist aber fraglich, ob das in Hinblick auf den Solidaritätsgedanken, der auch zwischen unterschiedlichen Generationen gelten sollte, wünschenswert ist. Zudem wäre ein solcher Ausgleich zwischen den Generationen auch in einem Umlagesystem denkbar, wenngleich er dort nicht automatisch gegeben ist.

Die Nachteile einer Kapitaldeckung überwiegen: Zum einen droht ein vorhandener Kapitalstock Begierlichkeiten auf Seiten der Politik zu wecken. In Zeiten knapper Kassen würde also womöglich erst einmal der Kapitalstock als Puffer verwendet, statt notwendige Beitragserhöhungen durchzuführen. Außerdem werden dadurch Verschuldungsspielräume für die Kassen geschaffen, die ebenfalls eine Gefahr darstellen. Ein weiterer Nachteil ist die Doppelbelastung die zwangsweise auf die aktuelle Generation zukäme, da diese sowohl weiterhin für die aktuell Kranken aufkommen muss, die noch keine Rücklagen gebildet haben, als auch für sich selbst entsprechende Rücklagen bilden muss. Natürlich ist mit der Kapitaldeckung auch immer die Hoffnung auf hohe Renditen am Kapitalmarkt verbunden. Welches Risiko damit einher geht, wird in der derzeitigen Finanzkrise sehr gut deut-

lich. Die Krankenversicherungsbeiträge sind zu wichtig, um damit am Kapitalmarkt zu zocken.

Das SPD-Konzept

Das im April vorgestellte Konzept des Parteivorstands sieht nun eine Bürgerversicherung mit einem prozentualen Beitrag auf alle Einkommen aus selbstständiger und un-selbstständiger Arbeit vor, der von den Krankenkassen individuell festgelegt werden soll. Kapitaleinkünfte sollen dagegen nicht direkt herangezogen werden sondern über die Erhöhung der Abgeltungssteuer um 5 %. Dieser Steuerzuschuss zur Krankenversicherung soll die Beiträge weniger konjunkturabhängig machen.

Die Jusos lehnen den Wettbewerb um die niedrigsten Beitragsätze ab und fordern einen einheitlichen Beitragssatz für alle Kassen. Da die Abgeltungssteuer, die wie ein ermäßigter Spitzensteuersatz auf Kapitaleinkünfte wirkt, aus Sicht der Jusos ohnehin abgeschafft werden soll (dies sieht auch das Steuerkonzept der Bremer SPD vor), sollen auch Kapitaleinkünfte für den Beitrag herangezogen werden. Diese Miteinbeziehung von anderen Einkommen als Löhnen ist sehr wichtig, denn aufgrund des wachsenden Anteils von nicht sozialversicherter Arbeit und Einkünften, die nicht aus Arbeit stammen, haben in der Vergangenheit die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen von der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht voll profitiert.

Bis 2009 bestand in der Krankenversicherung zumindest nominell Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die jeweils die Hälfte des Beitrags aufbrachten. Davon hat die Politik in den letzten Jahren stückweise Abschied

genommen. In der Großen Koalition wurde ein Sonderbeitrag von 0,9 % nur für Arbeitnehmer beschlossen. Unter Schwarz-Gelb wurde der Arbeitgeberanteil dann vollständig eingefroren. Weitere Kosten sollen zukünftig in Form von Zusatzbeiträgen lediglich die Versicherten treffen. Doch schon vor 2009 war eine faktische Parität nicht gegeben, da etwa durch Zuzahlungen zu Medikamenten und die Praxisgebühr einseitig Kosten auf Seite der Versicherten entstanden. Das führt dazu, dass rund 60 % der realen Kosten von den Arbeitnehmern getragen werden.

Das SPD-Konzept möchte nun den Arbeitgeberbeitrag nicht mehr anhand einzelner Löhne festsetzen sondern auf die gesamte Lohnsumme eines Unternehmens beziehen. Auf diese Weise würden auch Löhne aus geringfügiger Beschäftigung und Gehälter oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für den Arbeitgeberanteil berücksichtigt. In der Summe sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer denselben Beitrag leisten, sodass die nominelle Parität wiederhergestellt wird. Die Forderung der Jusos geht hier noch etwas weiter und will eine tatsächliche Parität, die auch Zuzahlungen berücksichtigt bzw. abschafft.

Jusos gegen Bemessungsgrenze

Stark kritisiert wird von Juso-Seite die Beibehaltung der Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 44 500 Euro, durch die höhere Einkommen einen effektiv geringeren Beitragssatz zahlen. Um diese Einkommen stärker einzubeziehen, sollte die Grenze vollständig abgeschafft oder wenigstens auf das Niveau der Bemessungsgrenze bei der Rentenversicherung (66 000 Euro) angehoben werden.

Was passiert mit den Privaten?

Unklar ist, inwieweit es mit der im Grundgesetz garantierten Berufsfreiheit vereinbar wäre, die privaten Krankenversicherung gänzlich auszuschließen. Deshalb sieht das Konzept der SPD vor, dass auch sie den Bürgerversicherungstarif anbieten können, was aber nur für große Versicherungen lukrativ sein dürfte. Außerdem bleibt das Anbieten von Zusatzversicherungen das alleinige Recht der Privaten.

Verfassungsrechtlich noch schwieriger ist die Zukunft der derzeit Privatversicherten zu lösen. Sie in die Bürgerversicherung zu zwingen, verstieße wegen des Verlusts ihrer Altersrücklagen vermutlich gegen ihr Eigentumsrecht, weshalb sie binnen einer Einjahresfrist freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln können. Ihre Rücklagen sollen dabei, soweit das rechtlich möglich ist, der Bürgerversicherung zugute kommen. Wer innerhalb der Frist nicht wechselt, bleibt dauerhaft in der privaten Krankenversicherung, neue Verträge wird es dort aber nicht mehr geben. Zudem soll mit der Bürgerversicherung auch eine einheitliche Honorarordnung eingeführt werden, die dann für privat und gesetzlich Versicherte gleichermaßen Anwendung findet.

Auch wenn an einigen Stellen noch Verbesserungen möglich sind, zielt das Konzept, das auf dem Bundesparteitag im Dezember beschlossen werden soll, also in die richtige Richtung. Mit einer Umsetzung dieses Konzepts wäre ein erster großer Schritt in Richtung eines gerechteren und zukunftsfähigen Gesundheitssystems getan. ● (ag)

Wie in jedem Herbst findet auch in diesem Jahr das jährliche Verbandswochenende der Jusos-Bremen statt.

„Schuldenbremse, Steuerdebatte und die Suche nach einem handlungsfähigen Staat“

Wir haben dieses Thema gewählt, weil es hochaktuell ist und äußerst kontrovers diskutiert wird. So wird die Schuldenbremse von den einen als das Heilmittel für den chronisch verschuldeten Staat betrachtet und als Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Andere sehen in ihr unter anderem eine Investitionsbremse, die den Staat schwächt. Gleichzeitig läuft in der SPD sowohl im Bund als auch in Bremen eine Debatte darüber, wie die Einnahmen des Staates erhöht werden können. Mit dem Begriff handlungsfähiger Staat wollen wir deutlich ma-

NEUES AUS DER LANDESORGANISATION

Verbandswochenende der Jusos-Bremen: 18. bis 20. November 2011 in Nordenham

chen, dass sowohl die Debatte um die Schuldenbremse als auch die um das Steuersystem kein Selbstzweck sind.

Wie immer beschäftigen wir uns auf dem Verbandswochenende nicht mit einem einzigen Thema. Deswegen stehen neben unserem



Schwerpunkt auch die Geschichte der Jusos und der SPD sowie ein Überblick über die Strukturen unserer Partei und unseres Verbandes auf der Tagesordnung. Darüber hinaus werden wir den eine Woche später stattfindenden Juso-Bundeskongress vorbereiten. Alle Details und weitere Infos findet ihr auf www.jusos-bremen.de.

Trotz der vielen Themen soll natürlich auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Wir haben genügend Raum für Arbeiterliedersingen und andere Geselligkeiten eingeplant. Bei unserem politischen Quiz stellen wir außerdem die Frage „Wer wird Revolutionär“.

Das Verbandswochenende ist also sowohl für Neumitglieder als auch für „ältere“ Jusos interessant. ● (sr)

Ihr wollt dabei sein?

Über eure Anmeldung per E-Mail an jusos-bremen@spd.de würden wir uns sehr freuen.

Für Fragen steht euch Sarah Ryglewski jederzeit zur Verfügung. Entweder per Mail an sarah@jusos-bremen.de oder unter der Telefonnummer (0176) 62 43 28 32.

**MIT-
MACHEN
MITGE-
STALTEN!**

Mitmachzeitung MorgenRot

MorgenRot soll in erster Linie vernetzen und Euch über die Arbeit der verschiedenen Juso-Ebenen in Bremen informieren. Die Zeitung soll aber auch jedem Bremer Juso ein Forum bieten, seine Meinung zu veröffentlichen. Es ist sogar so, dass das Heft langfristig nur durch Eure Mitarbeit überleben kann. Wenn Du also Artikel-, Kommentar- oder Satireideen hast, melde Dich gerne bei uns! Alternativ freuen wir uns auch immer über Genossinnen und Genossen, die an unseren Redaktionssitzungen teilnehmen. Die Termine findest Du auf der letzten Seite.

Wenn du einen Artikel für uns oder Fragen hast, erreichst du uns unter morgenrot@bremer-jusos.de

Links&bündig

- Am 16. und 17. Dezember wird im Rathaus und im We-serhaus von Radio Bremen eine „**Informations- und Kul-turveranstaltung für Respekt und Menschenfreundlichkeit**“ stattfinden, die vom Netzwerk Zukunftsgestaltung und seelische Ge-sundheit veranstaltet wird. Hintergrund der Veranstaltung sind auch die Mordan-schläge von Norwegen im Juli.

Für die am 17. Dezember geplante **Demokratiwerkstatt**, die in Form von Work-shops Themen wie den Wert von Demokratie und offener Gesellschaft oder Islam und Islamophobie aufgreifen soll, wird am **18. November um 16 Uhr** im Rathaus das nächste Orga-Treffen statt-finden (der Termin über-schneidet sich leider mit dem Verbandswochenende der Jusos).

Zielgruppen sind vor allem Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Fachkräfte der Jugend- und Antidiskriminierungsarbeit so-wie in der Migrations- und Integrationsarbeit engagierte Menschen.

Wer dort gerne mitarbeiten möchte, findet mehr Infos unter www.fhbremen.com. Falls ihr noch Fragen habt, könnt ihr euch außerdem an Helena (kromm@jusos-bremen-stadt.de) wenden, die für die Jusos beim ers-ten Orga-Treffen war.

- Im Netz findet ihr nun auch das Antragsbuch zum Juso-Bundeskongress. Wer alle Anträge lesen möchte, soll-te allerdings etwas Zeit ein-planen; das Buch umfasst knapp 400 Seiten.
<http://bit.ly/vWKmtz>

UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

Mitgliederversammlung Wirtschaftspolitik

Auch wenn wir Jusos unsere Grundlagen gerne im Marxismus verorten, ist doch in der Breite des Verbandes oft wenig Wissen über tatsächliche wirtschaftliche Zusammenhänge vorhanden.

Da der Marxismus eine Theorie ist, welche sich im Kern um die Kritik der politischen Ökonomie dreht und diese Kritik auf andere gesellschaftliche Bereiche auswei-tet, ist dieses Wissen für unsere po-litische Arbeit jedoch unerlässlich. Deswegen haben wir uns in einer ersten Sitzung mit dem Thema Wirtschaft beschäftigt. Inhalt der Sitzung war nicht nur ein erster Teil über ökonomische Theorien, sondern auch einige zentrale Ab-schnitte des Koalitionsvertrages zwischen SPD und den Grünen für die gerade begonnene Legisla-turperiode.

Der theoretische Teil hat dabei besonders starkes Interesse hervor-gerufen. Anhand der zentralen Punkte haben wir uns hierbei vor-erst nur auf die beiden Theorien Neoklassik und Keynesianismus be-zogen, wobei gerade die letztere der beiden für die Sozialdemokra-tie traditionell eine große Rolle ge-spielt hat und immer noch spielt. Der Keynesianismus stellt, im Ge-gensatz zur Neoklassik, die Orien-tierung an der wirtschaftlichen Nachfrage in den Vordergrund. Wirtschaftspolitik soll dabei nicht die Produktionsbedingungen für Unternehmen, beispielsweise über niedrige Steuern und Senkung der Lohnnebenkosten, verbessern, son-dern direkt in die Nachfrage inves-tieren. Dazu gehört auch, dass von staatlicher Seite dafür gesorgt wird,

dass ein Mensch trotz Arbeitslo-sigkeit, also fehlendem Einkom-men aus eigener Arbeit, weiterhin konsumieren kann.

Die Neoklassik hingegen be-zieht sich vor allem auf die Opti-mierung des Angebots. Der Staat soll also nicht dafür sorgen, dass Menschen möglichst viel nachfra-gen können, sondern dass Unter-nehmen unter möglichst günstigen Bedingungen produzieren können. Das Ganze folgt dem großen Leit-satz „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage“, heißt: Wenn Unternehmen eine Ware nur mög-lichst günstig und attraktiv anbie-ten können, wird sich schon jemand finden, der sie kauft.

Im zweiten Teil der Sitzung ha-ben wir uns mit einigen zentralen Punkten des Koalitionsvertrags beschäftigt, unter anderem: Wirt-schaftsförderung, Industrie, Tou-rismus und Infrastruktur. Im Vergleich zum ersten Teil der Sit-zung schien hier jedoch deutlich weniger Diskussionsbedarf vor-handen zu sein, was auch der Komplexität der dahinterliegenden Sachverhalte geschuldet sein mag.

Als Ergebnis der Sitzung hat sich ergeben, dass wir uns vor allem mit den grundlegenden Themen weiter beschäftigen wollen. Neben einem angedachten Wochenendse-minar zu den Grundlagen der Wirt-schaftspolitik, bei welchem man auch den Bogen zur Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie spannen könnte, ist ein Grundla-ge-Reader im Entstehen begrif-fen, zu welchem jedeR eingeladen ist, daran mitzuarbeiten. ● (sw)

Wie ihr sicherlich alle anhand des von uns durchgeführten Interviews mit einem Bremer Schuldirektor mitbekommen habt, das wir in der letzten Ausgabe des MorgenRot veröffentlicht hatten, ist die derzeitige Situation an unseren Schulen nicht die beste.

Leider konnten wir eben diese Interviews nicht noch mit weiteren Schulleitern durchführen, da es rechtlich für diese schwierig ist, offene und ehrliche Aussagen zu machen, wie es an ihrer Schule aussieht, da sie sonst mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen hätten. Von daher fällt es auf den ersten Blick schwer, von einer Repräsentativität zu sprechen. Dass die tatsächliche Lage an unseren Schulen jedoch in etwa jene ist, wie sie im Interview beschrieben wurde, sieht und hört man, wenn man sich einmal unter Lehrern, wie auch Schülern umhört. Auch die in letzter Zeit vermehrten Proteste der Schüler zeugen von großen Missständen. Zwar versprach Bürgermeister Jens Böhrnsen zuletzt, dass es im kommen-

UNTERBEZIRK BREMEN-NORD

Auswertung des Interviews und Stellungnahme der Jusos Bremen Nord

den Haushalt keinerlei Kürzungen im Bildungsbereich geben wird, trotzdem ist zu befürchten, dass dies im darauffolgenden Haushalt für das Jahr 2014 der Fall sein könnte, was die Probleme nochmals verschärfen wird. Dabei besteht schon heute ein erheblicher Mangel bei der finanziellen Ausstattung der Schulen, ein erheblicher Lehrermangel, sowie ein Sanierungsbedarf bei etlichen Schulen. Die Forderung von uns Jusos kann daher nur lauten, dass Kürzungen im Bremer Bildungsbereich auf jeden Fall verhindert werden müssen.

Zudem fordern wir, dass die Kommunikation zwischen der Bremer Politik, der Bildungsbehörde und den Schulen verbessert wird. Es wurde immer wieder kritisiert, dass die Bildungsbehörde

die Tragweite ihrer Entscheidungen nicht überblickt, was in der Vergangenheit zu großen (organisatorischen) Problemen an den Schulen führte. Solche Probleme könnten mit einer besseren Kommunikation zwischen Behörde und Schulen leicht und vor allem kostenneutral beseitigt werden und würden zu besseren und geregelteren Verhältnissen an den Schulen führen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die gegenwärtige Situation an den öffentlichen Bremer Schulen äußerst unbefriedigend ist. Wir Jusos werden es uns daher auch in Zukunft zu einer unserer Kernaufgaben machen, auf Missstände hinzuweisen und sie im Dialog mit der Regierung zu verbessern. ● (rb)

Die Hochschule Bremen hat es geschafft! Sie befindet sich im bundesweiten Finale des DAAD-Wettbewerbs „Die internationale Hochschule“.

Dieser Wettbewerb steht jedes Jahr unter einem anderen Motto. Diesmal ist es die Betreuung der ausländischen Studierenden. Die Hochschule steht des Öfteren im Finale dieses Wettbewerbs, 2008 gewann sie sogar den Preis als Hochschule mit dem größten Angebot internationaler Studiengänge.

Über das Angebot an internationalen Studiengängen kann man sich an der Hochschule tatsächlich

JUSO HOCHSCHULGRUPPE HOCHSCHULE BREMEN

Internationalität?

nicht beschweren. Allein an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät sind 80% der Bachelor-Studiengänge „international“. Diese Studiengänge versprechen den Studierenden natürlich ein hohes Maß an „Internationalität“. In erster Linie erhofft man sich einen sicheren Umgang im Studienfach und in den Fremdsprachen. Damit ist

die Möglichkeit gegeben, auch in anderen Ländern tätig zu werden. Die wichtigste Voraussetzung dabei ist die Fremdsprache.

Daher ist es erschreckend, wie an der Hochschule Bremen der Englischunterricht gestaltet wird. An der Hochschule beschäftigte Lehrkräfte wurden im vergangenen Semester entlassen, um durch MitarbeiterInnen

des Fremdsprachenzentrums ersetzt zu werden. Diese werden zur Not auf Anfrage der Hochschule auch spontan eingesetzt. Das hat für die Hochschule den Vorteil, dass sie nicht mehr selbst für das Arbeitsverhältnis verantwortlich ist. In erster Linie wird angesichts des von der Bildungsbehörde vorgegebenen Sparzwangs also von einer sicheren Beschäftigungsform zu einer prekäreren Beschäftigungsform gewechselt.

Mit diesem Wechsel geht in der Regel auch ein Kompetenzverlust einher. Wenn eine Englischfachkraft direkt an einer Fakultät angestellt

ist, kann sie sich in ihre Studienfächer einarbeiten. Derzeit unterrichten zum Teil LiteraturwissenschaftlerInnen Fächer wie „English for Technicians“. Man kann sich vorstellen, wie das aussieht.

Zu allem Überfluss wurde das Fremdsprachenzentrum oft erst sehr spät über den Bedarf an Lehrkräften informiert. Dadurch fangen in einigen Studiengängen die Kurse erst in diesem Monat – einen Monat nach Beginn der laufenden Lehrveranstaltungen! – an. Wenn schon ein ungünstiger Wechsel vonstatten geht, sollte dieser zumindest gut geplant sein.

Ein durch Sparzwang erzwungener Wechsel auf prekärere Beschäftigungsformen, das zunehmend schwammigere Profil der DozentInnen und eine miserable Organisation sorgen nicht gerade für Zufriedenheit in den betroffenen internationalen Studiengängen. Es wirkt daher beinahe höhnisch, dass die Hochschule Bremen zwar im bundesweiten Wettbewerb um die beste internationale Hochschule steht, aber nicht einmal die elementare Voraussetzung für international orientierte Lehre, den Spracherwerb, vernünftig organisiert. ● (mw)

Hochschule Bremen – University of Applied Sciences. Diese Adresse steht für **Praxisnähe, Internationalität und familienfreundliches Studieren. Sie gilt als attraktiver Forschungsstandort inmitten der City und lockt Studierende weit über die Grenzen Bremens hinaus an. Doch kaum angekommen macht sich bei vielen Studierenden schnell Ernüchterung breit, denn die Auswirkungen der prekären Beschäftigungssituation an der Hochschule sind an allen Ecken und Enden spürbar.**

Insgesamt fehlen fast 40 der 179 vorgesehenen Professorinnen und Professoren, worunter die Qualität der Lehre enorm leidet. Viele Lehrveranstaltungen, welche eigentlich von Professoren geführt werden sollten, werden von Lehrbeauftragten ausgeübt, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Diese werden kurzfristig zur Überbrückung des Mangels an Lehrkräften eingestellt, miserabel entlohnt, um dann wieder entlassen zu werden. Dadurch gerät der Ruf der Hochschule als sozialverträglicher und nachhaltig agierender Arbeitgeber unter Druck.

Studieren ohne Profs – Sparzwänge und ihre Auswirkungen

An anderer Stelle wird immer häufiger deutlich, dass die akademische Selbstverwaltung, eine für jede Hochschule existentielle Aufgabe, wegen der zu hohen Arbeitsbelastung pro Kopf kaum noch reibungslos ausgeübt werden kann. Völlig überlastete Profs, die in mindestens drei Gremien aktiv sein müssen, organisieren eine Hochschulpolitik, die aufgrund der finanziellen Schieflage von einer zunehmend höheren Konfliktdichte geprägt ist. Forschungsaktivitäten fallen daher für viele Lehrkräfte unter den Tisch. Die Studierenden bemängeln außerdem, dass eine

qualitativ hochwertige Betreuung während der Bachelorphase vielfach nicht mehr möglich ist.

Die Chancen der Hochschule die fehlenden Professorenstellen zu besetzen stehen aufgrund der derzeitigen Finanznotlage Bremens sehr schlecht. Die Haushaltskürzungen und die geplante Reduzierung der Studierendenzahlen lassen bis 2018 de facto keine Nachbesetzung der dringend benötigten Professorenstellen zu. Eine solidarische und zukunftsorientierte Bildungspolitik sieht anders aus! ● (pw)

Impressum

Herausgeberin:
Jusos in der SPD –
Landesorganisation Bremen
Obernstr. 39–43, 29195 Bremen
www.jusos-bremen.de

V.i.S.d.P.: Sarah Ryglewski

Autoren: Sercan Alkaya, Sören Böhrnsen, Raik Borsdorf, André Großardt, Rainer Hamann, Ali-Aygün Kilincsoy, Jan Sörnsen, Falk Wagner, Philip Warncke, Stefan Weger, Martin Weinrich

Bildnachweis: Wikipedia (Titel),
Gedankensprudler / flickr (S. 8)

Redaktion und Layout: Martin Weinrich, Philip Warncke, Dirk Schacher, André Großardt, Raik Borsdorf.

Ihr erreicht die Redaktion via
morgenrot@bremer-jusos.de

Die Sozialdemokratie hat eine lange Lied- und Gesangstradition, die weitaus mehr umfasst als „Wann wir schreiten Seit' an Seit“.

Die Gesangskultur auf den meisten Ebenen ist jedoch verkümmert, gesungen wird höchstens noch sporadisch. Ein Grund dafür könnte sein, dass man an die Lieder nur schwer heran kommt. Sicherlich ist es ein leichtes, MP3-Dateien zu bekommen. Und auch die Texte und Noten kann man sich auf mehr oder weniger legalem Weg aus dem Internet besorgen. Es fehlte aber bisher eine gedruckte, noch erhältliche Sammlung der wichtigsten und bekanntesten Lieder.

Ein Herausgeberkreis um den Kieler Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels änderte das bereits 2009. Damals kam die erste Auflage des „vorwärts Liederbuch“ heraus. Die Auflage war nach kurzer Zeit ausverkauft und nun, zwei Jahre später, liegt die zweite Auflage vor.

An der Neuauflage lässt sich nur eine ärgerliche Sache finden: Der Preis wurde von 10 € auf 12,50 € erhöht. Bereits bei dem ursprünglichen Preis konnte man nicht von jedem erwarten, dass sich jeder mögliche Mitsänger das Buch kauft. Auch wenn die Preiserhöhung gerade einmal 2,50 € beträgt, ist sie doch ärgerlich. Allerdings erhält man für den Preis eine umfangreiche, stabile und gut gestaltete Liedersammlung.

Das Buch ist zum Benutzen gedacht, schreiben die Herausgeber im Vorwort. Ihr oberstes Ziel ist es, ein praktisches Buch zu präsentieren, das beweisen kann, dass die Arbeiterliederkultur noch immer lebendig ist. Das merkt man auch. Wie schon die erste Auflage

DAS VORWÄRTS LIEDERBUCH

kommt das Büchlein mit einem flexiblen Plastikumschlag daher. Der ist abwischbar und vor allem deutlich stabiler, als ein Pappumschlag.



vorwärts|buch

Die Lieder sind in sieben Abschnitte geteilt. Den Anfang macht der Abschnitt „Freiheitslieder“ mit Liedern wie „Die Gedanken sind frei“. Der anschließende Hauptteil „Arbeiterlieder“ deckt von der „Internationalen“ über „Auf, auf zum Kampf“ bis hin zum „Sozialistenmarsch“ eine große Bandbreite von Liedern ab. Es folgen Widerstandslieder wie „Die Moorsoldaten“ und „Das Thälmann-Battalion“ und Friedenslieder wie Brechts geniale „Kinderhymne“ oder Bob Dylans „Blowing in the Wind“. Nach den Friedensliedern findet man „allerlei politische Lieder“. Auch dieser Teil deckt von „Was wollen wir trinken“ bis „Unter dem

Pflaster“ ein großes Spektrum von Liedern ab. Den Abschluss machen die Kapitel „Fahrten- und Lagerfeuerlieder“ sowie „Abend- und Abschiedslieder“ die den Vorsatz der Autoren, auch gesellige Lieder zu berücksichtigen, umsetzen.

Jedes Lied ist mit einem kleinen Text über den Autor und die Entstehungsgeschichte des Liedes versehen. Die kurzen Abschnitte informieren dabei ausreichend, um das Lied im Ansatz verstehen zu können, machen aber häufig auch neugierig auf die weitere Geschichte der Lieder. Insofern ist ein Blättern in dem Buch oft erst der Beginn einer Recherche im Internet. Zwischendurch sind Abbildungen von Gemälden, Plakaten und Liederbüchern der Arbeiterbewegung abgedruckt. Insgesamt macht die Gestaltung der Lieder einen sehr liebevollen Eindruck.

Das „vorwärts Liederbuch“ bietet eine große Liedervielfalt, in gelungener Aufmachung und eignet sich tatsächlich gut für den praktischen Gebrauch. ● (mw)

Das vorwärts Liederbuch;
Hrsg. H.-P. Bartels, A. Grimm,
H. König, D. Mitterer, J. Neumeyer,
R. Stöckel und K. Wettig;
vorwärts Buchverlag;
2. Auflage 2011;
12,50 €



DIE GEHEIMEN ERFOLGE VON SCHWARZ-GELB

Spiegel Online hat sie entdeckt!

Wir haben recherchiert, uns Nächte um die Ohren geschlagen und eigentlich alles getan, um für unser letztes Heft auch ein paar Erfolge der schwarz-gelben Bundesregierung vorstellen zu können. Wir haben versagt.

Spiegel Online hat zur Halbzeit zehn Erfolge der Koalition gefunden. Die Erfolge wirken am beeindruckendsten, wenn man die Überschriften der Erfolge (beinahe) unkommentiert vorstellt:

Platz 10:

„Zwitschernder ‚RegSprecher‘“

Platz 9:

„Der neue Brillenträger“
(Guido Westerwelle)

Platz 8:

„Schöner reisen mit Air Merkel“

Platz 7:

„Eine echte Familienministerin“

Platz 6:

„Der Mann mit der Mütze“
(Dirk Niebel)

Platz 5:

„Endlich eine Bundeswehrreform“

Platz 4:

„Jugendförderung“
(Kristina Schröder und Philipp Rösler)

Platz 3:

„Merkels Atomschwenk“

Platz 2:

„Mehr Jobs“

Platz 1:

„Die Cliffhanger-Koalition“

Und jetzt müssen wir wohl – tief beschämt – um Buße für unsere so negative letzte Ausgabe bitten. Vor allem weil Guido Westerwelle eine neue Brille hat. ●

Termine

- 3. November 2011**
Hochschulpolitische Kneipentour von AStA für Alle, **20 Uhr**, Café Lagerhaus, Schildstr. 12
- 4.–6. November 2011**
BKT der Juso-Hochschulgruppen in Kiel
- 9. November 2011**
Treffen des AK Netzpolitik, **19 Uhr** im Fraktionsbüro
- 10. November 2011**
Redaktionssitzung MorgenRot, **18 Uhr**, selber Ort wie MV Bremen-Stadt
—
Mitgliederversammlung Bremen-Stadt zum Thema „Datenschutz bei der Arbeit“, **19 Uhr**, voraussichtlich im Bandonion, Gertrudenstr. 37 (kurzfristige Ortsänderungen unter www.bremer-jusos.de)
- 14. November 2011**
Ausstellungseröffnung „Bundestag zu Gast in Bremen“ mit Uwe Beckmeyer, Hans Koschnick, **17 Uhr**, Stadtbibliothek Bremen
—
Offene Vorstandssitzung Bremen-Stadt, **19.30 Uhr**, vorauss. im Fraktionsbüro
- 15. November 2011**
Demonstration für höhere Bildungsausgaben, **15 Uhr** ab Hbf, Kundgebung auf dem Marktplatz ab 15.30 Uhr
- 18. November 2011**
Orga-Treffen „Respekt und Menschenfreundlichkeit“ (siehe S. 9), **16 Uhr**, Rathaus
- 18.–20. November 2011**
Verbandswochenende der Bremer Jusos in Nordenham
- 24. November 2011**
Mitgliederversammlung Bremen-Stadt zum Thema „Extremismus“, **19 Uhr**, vorauss. im Fraktionsbüro
- 25.–27. November 2011**
Juso-Bundeskongress, Lübeck
- 4.–6. Dezember 2011**
Bundesparteitag der SPD in Berlin
- 8. Dezember 2011**
Mitgliederversammlung Bremen-Stadt zum Thema „Frauen in Führungspositionen“, **19 Uhr**, vorauss. im Fraktionsbüro

Kontaktdaten

Landesorganisation

www.jusos-bremen.de
Sarah Ryglewski (sarah@jusos-bremen.de)

Unterbezirk Bremen-Stadt

www.bremer-jusos.de
Falk Wagner (wagner@jusos-bremen-stadt.de)

Unterbezirk Bremerhaven

Kevin Lenkeit (kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org)

Unterbezirk Bremen-Nord

www.jusos-bremen-nord.de
Raik Borsdorf (borsdorf@jusos-bremen-nord.de)

AStA für Alle (Uni Bremen)

www.asta-fuer-alle.info
Stefan Weger (stefan@asta-fuer-alle.info)

Juso Hochschulgruppe (HS Bremen)

www.jusoshsbremen.wordpress.com
Martin Weinrich (mweinrich@stud.hs-bremen.de)

Juso SchülerInnen

Sercan Alkaya (schueler@bremer-jusos.de)